



### Presseschau vom 03.08.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends/nachts:

*armiyadnr.su*: Dringende Mitteilung des Kommandos der Streitkräfte der DVR  
Heute hat das Kommando der sogenannten „ATO“ ein weiteres Mal versucht, seine hinterhältigen Pläne zum Genozid an der Bevölkerung des Donbass zu realisieren.  
Um 21:00, mit Einbruch der Dunkelheit, haben zwei Diversions- und Erkundungsgruppen des Gegners, je 10-15 Mann stark, einen Versuch unternommen, im Gebiet von Wodjanoje auf das Territorium der Republik einzudringen, aber sie gerieten auf eine eigene Mine, die explodierte, in der Folge wurden sie enttarnt. Ukrainische Soldaten aus der 59. Panzergrenadierbrigade, die den Abzug ihrer Diversanten, die Verluste erlitten, deckten, eröffneten erbarmungslos das Feuer mit Schützenpanzern und Schusswaffen auf die Positionen der DVR.

Ebenfalls konzentriert der Gegner nach uns vorliegenden Informationen Panzertechnik im Gebiet von Peski, um provokative Beschüsse des Randes von Donezk und der Positionen der Streitkräfte der DVR vorzunehmen.

Auf dem Hintergrund des abgeschlossenen Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk setzt die ukrainische Seite die Versuche fort, die Lage zu destabilisieren, strebt danach, die militärisch-politische Führung der Republik zu diskreditieren und verletzt die Bedingungen der Minsker Vereinbarungen.

*Dan-news.info*: „Um 23:3 hat die ukrainische Seite den Beschuss von **Leninskoje** wieder aufgenommen. Es wird mit Mörsern des Kalibers 82mm geschossen. Es wurden 38 Geschosse

abgeschossen, teilte das operative Kommando der DVR mit. Ebenfalls beschießen die ukrainischen Streitkräfte **Jasinowataja**. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

**vormittags:**

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **zehnmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Donezkij, Kalinowo, Kalinowka, Sokolniki, Slawjanoserbsk, Perwomajsk und Logwinowo**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen. In Donezkij wurde **eine friedliche Einwohnerin verletzt**, ein Haus wurde beschädigt. Verluste unter den Soldaten gibt es nicht.

de.sputniknews.com: Moskau nennt Bedingungen für Gas-Transit durch Ukraine  
Der Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 sieht keine Stilllegung des Transits russischen Gases durch die Ukraine vor, wie die stellvertretende Direktorin der Informations- und Pressestelle des Außenministeriums Russlands, Anastassija Fjodorowa, erklärte. Gleichzeitig nannte sie aber auch Bedingungen.

Fjodorowa sagte dabei, dass dies weiter möglich sein werde, „wenn Kiew konkurrenzfähige Tarife für den Transit und das Nivellement bekannter Transitriskos gewährleistet, darunter auch alle Ansprüche und absurde Klagen gegen Gazprom abschafft“.

Die Ablehnung der Gaspipeline Nord Stream 2 in Washington ist ihr zufolge mit dem amerikanischen Kampf um den europäischen Gasmarkt verbunden.

US-Präsident Donald Trump hatte am Mittwoch das Sanktionspaket gegen Russland unterzeichnet, es später aber als „falsch“ und einige Punkte davon gar als „verfassungswidrig“ bezeichnet....

Zuvor hatte der ukrainische Ministerpräsident Wladimir Groisman Nord Stream 2 „eine Bedrohung für die nationale Sicherheit nicht nur der Ukraine, sondern auch anderer Länder“ genannt. Demnach werde das Land alles tun, um den Bau der Pipeline nicht zuzulassen. 2019 soll der Bau des zweiten Stranges der Ostseepipeline Nord Stream starten. Dann wird Nord Stream 2 Russland mit Deutschland verbinden. Die Baukosten werden mit rund zehn Milliarden Euro veranschlagt. Das russische Unternehmen Gazprom erklärte, von seinen Partnern, darunter zwei deutschen Energieversorgern, einen Unterstützungskredit in Höhe von 6,65 Milliarden Euro für den Bau erhalten zu haben.

Am 16. Juni 2014 hatte Gazprom den ukrainischen Gasversorger Naftogaz vor dem Schiedsgericht der Handelskammer Stockholm zur Zahlung der offen stehenden Schulden für geliefertes Erdgas und der anstehenden Zinsen dafür verklagt. Laut der Vertragsklausel „take or pay“ (deutsch: „Nimm oder zahl“) soll der Käufer für die festgelegte Menge zahlen, unabhängig davon, ob er sie letztlich abnimmt.

Am selben Tag hatte sich die Ukraine mit der Klage gegen Gazprom an das Stockholmer Schiedsgericht gewandt, im Nachhinein den Erdgaspreis zu ändern und alle seit dem 20. Mai 2011 getätigten Überbezahlungen – insgesamt nicht weniger als sechs Milliarden Dollar – zurückzuerstatten. Das ukrainische Unternehmen forderte außerdem, jene Vertragsbestimmung aufzuheben, welche den Verkauf des ihm gelieferten Erdgases ins Ausland untersagt.

Am 31. Mai berichteten Medien von einem Urteil des Stockholmer Schiedsgerichtes, das die Klausel „take or pay“ abgeschafft hatte. Dennoch hatte der Vize-Vorstandsvorsitzende von

Gazprom, Alexander Medwedew, am 6. Juni diese Informationen dementiert und das Urteil des Schiedsgerichtes als eine „Zwischenentscheidung“ bezeichnet.

Lug-info.com: „Bei der Hotline des Innenministeriums der LVR rief die Bürgerin N., geb. 1966 an, und teilte mit, dass die Rechtsschutzorgane von Sewerodonezk sich geweigert haben einen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, der sie Mitte Juni angefahren hat, zur Verantwortung zu ziehen“, teilte der Pressedienst des Innenministeriums der LVR mit. „Die Betroffene erzählte, dass sie am 20. Juli um 18:00 auf dem Seitenstreifen auf dem Chimikow-Prospekt in Sewerodonezk gegangen sei. Von hinten wurde sie von einem Fahrzeug der Marke WAS-2103, KfZ-Kennzeichen WW 8509 AA angefahren. Der Fahrer versuchte nicht einmal der Frau erste Hilfe zu leisten, er beschimpfte sie nur unflätig und floh vom Ort des Verbrechens. In der Folge des Verkehrsunfalls erlitt die 51-jährige ein Bruch am linken Knie und wurde in das örtliche Krankenhaus eingewiesen“, berichtete die Polizei der LVR.

Die Anruferin unterstrich, dass der Fahrer, der sie angefahren hat, betrunken war. „Die Frau wandte sich mit einer Anzeige an die Polizei. Die Identität des Fahrers wurde festgestellt, es war der Soldat des 1129. Abwehrraketenregiments der ukrainischen Streitkräfte (Stationierungsort Oblast Kiew, Belaja Zerkow) Maxim Olegowitsch Golowka, geb. 1975, Einwohner von Luzk. Er wurde festgenommen, aber später freigelassen“, fügte das Ministerium hinzu.

Ukrinform.ua: Sitzung des UN-Sicherheitsrats: Ukraine macht aufmerksam auf Lieferungen russischer Waffen an Terroristen

Die Terrororganisationen im Osten der Ukraine bekommen Waffen und Munition von dem Nachbarland, erklärten in ihrer gestrigen Rede während der Sitzung des UN-Sicherheitsrates in New York die Mitglieder der ukrainischen Delegation.

„Eine rhetorische Frage: wie haben die Terrororganisationen in der Ukraine Waffen in den Mengen erhalten, die oft die Reserven vieler Staaten auf dem Europäischen Kontinent überschreiten? Oder warum sind bei Terroristen Treibstoff und Munition nie zu Ende?“, hörte man in der Rede.

Die Diplomaten stellten auch fest, dass die aus dem Ausland erhaltenen Waffen für die zerstörerischen Terrorakte, auch für den Abschuss der Boeing Flug MH17, eingesetzt wurden. „Das internationale Regime, das dazu berufen ist, die Lieferung von Waffen an Terroristen zu stoppen, ist mit dem Problem konfrontiert, wo Staaten, die es einhalten müssen, in Wirklichkeit ihre internationalen Verpflichtungen und Versprechen brechen. Eines der drastischsten modernen Beispiele hierfür ist der anhaltende Zustrom in die besetzten Gebiete der Ostukraine verschiedener Waffen aus dem Nachbarstaat“, wird weiter in der Rede gefolgt.

de.sputniknews.com: **Kiew warnt vor drohendem Odessa-Abgang aus Ukraine**

Der ukrainische Vizeminister für Migration, Georgi Tuka, zeigt sich darüber besorgt, dass sich die Region Odessa von ihrem Land abtrennen will, falls die Kiewer Regierung aufhört, um die Errichtung der Kontrolle im Donbass zu kämpfen.

„Wenn wir jetzt die Hoffnung auf jenen (östlichen – Anm. d. Red.) Teil der Ukraine aufgeben, werden wir dann maximal in sechs Monaten ein solches Geschwür in anderen Regionen haben. Beispielweise in Odessa“, so Tuka gegenüber dem TV-Sender ZIK.

Lug-info.com: Informationen ukrainischer Massenmedien über ein angebliches Vordringen der ukrainischen Streitkräfte in die Tiefe der Verteidigung der Einheiten der Volksmiliz der LVR im Gebiet des Swetlodarsker Bogen entsprechen nicht der Wirklichkeit. Dies teilte der

Pressedienst der Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Zuvor hatten ukrainische Massenmedien mit Bezug auf soziale Netze irgendeines Freiwilligen aus der „ATO“-Zone mitgeteilt, dass die Kiewer Truppen im Gebiet des Swetlodarsker Bogens vorgedrungen seien.

„Die eingegangene Informationen über ein angebliches Vordringen der ukrainischen Truppen in Richtung Swetlodarsk im Ergebnis von Kämpfen am 1. und 2. August entspricht nicht der Wirklichkeit“, unterstrich die Volksmiliz.

„Gestern Abend haben die ukrainischen Streitkräfte eine halbe Stunde lang die Positionen der Volksmiliz im Gebiet von Losowoje beschossen, aber unsere Soldaten haben den Gegner auf der Ausgangslinie gehalten und ihm keinen Meter unseres Territoriums überlassen“, erklärte die Volksmiliz.

de.sputniknews.com: Dritte Syrien-Deeskalationszone vereinbart: Russland schickt Militärpolizei nach Homs

Die Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums und der sogenannten gemäßigten syrischen Opposition haben bei ihrem Treffen in Kairo die Handhabung der dritten Deeskalationszone vereinbart, sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow.

„Am 31. Juli fanden erneute Verhandlungen zwischen den Vertretern des russischen Verteidigungsministeriums und der sogenannten gemäßigten syrischen Opposition statt. Im Rahmen des Treffens wurden Vereinbarungen über die Handhabung der dritten Deeskalationszone getroffen, die sich nördlich der Stadt Homs befindet“, so Konaschenkow. Die neue Zone besteht ihm zufolge aus 84 Ortschaften mit über 147.000 Einwohnern. Er fügte hinzu, dass die Truppen der gemäßigten Opposition und der Regierung am 3. August um 12.00 Uhr (Ortszeit) eine vollständige Waffenruhe eingehen.

Ab 4. August soll demnach die russische Militärpolizei zwei Kontrollpunkte in den Bezirken Narb-Nafsa und Duayr sowie drei Beobachtungsstellen in den Bezirken Khmira, Kubeybat und Tell-Amery einrichten.

Konaschenkow verwies darauf, dass bei der fünften Runde der Astana-Gespräche Anfang Juli die Einrichtung von insgesamt vier Deeskalationszonen vereinbart worden sei. Zwei von ihnen, im Südwesten Syriens und bei Damaskus (Ost-Ghouta), funktionieren bereits erfolgreich.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **77 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **21 Ortschaften der Republik** mit Artillerie, Mörsern, Schützenpanzern, Schützenpanzerwagen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der Folge der Beschüsse von **Dokutschajewsk** durch die ukrainischen Streitkräfte wurde zwei Häuser in der Lenin- und in der Unabhängigkeitsstraße beschädigt.

Zusätzliche Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Trumps Sanktionen: Kreml verspricht Widerstand aus Russland, Iran und Nordkorea

Als rechtswidrig hat der Kreml die jüngsten US-Sanktionen gegen Russland, den Iran und Nordkorea bezeichnet. Laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow werden alle drei sanktionierten Länder ihre Interessen verteidigen müssen. „Das muss mit Verständnis aufgenommen werden.“

„Wir halten diese Sanktionspolitik für kurzsichtig, rechtswidrig und aussichtslos“, kommentierte Peskow am Donnerstag. „Deshalb werden all die Länder, die von dieser Willkür betroffen sind, ihre Interessen verteidigen. Alle müssten das verständnisvoll

aufnehmen.“ ...

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

Die Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks teilte mit, dass gestern Abend Kominternowo beschossen wurde. In der Folge des Beschusses geriet ein Wohnhaus in der Achmatowa-Straße in Brand. Durch glücklichen Zufall war niemand zu Hause. Verletzte gibt es nicht. „Gegen Mitternacht gab es einen Beschuss, in der Folge haben die Einwohner von Alexandrowka und des benachbarten Kremenza keinen Strom“, teilte der Leiter der Ortsverwaltung von Alexandrowka Konstantin Tschalyj mit. Bis zum heutigen Mittag ist der Abschluss der Reparaturarbeiten geplant.

**nachmittags:**

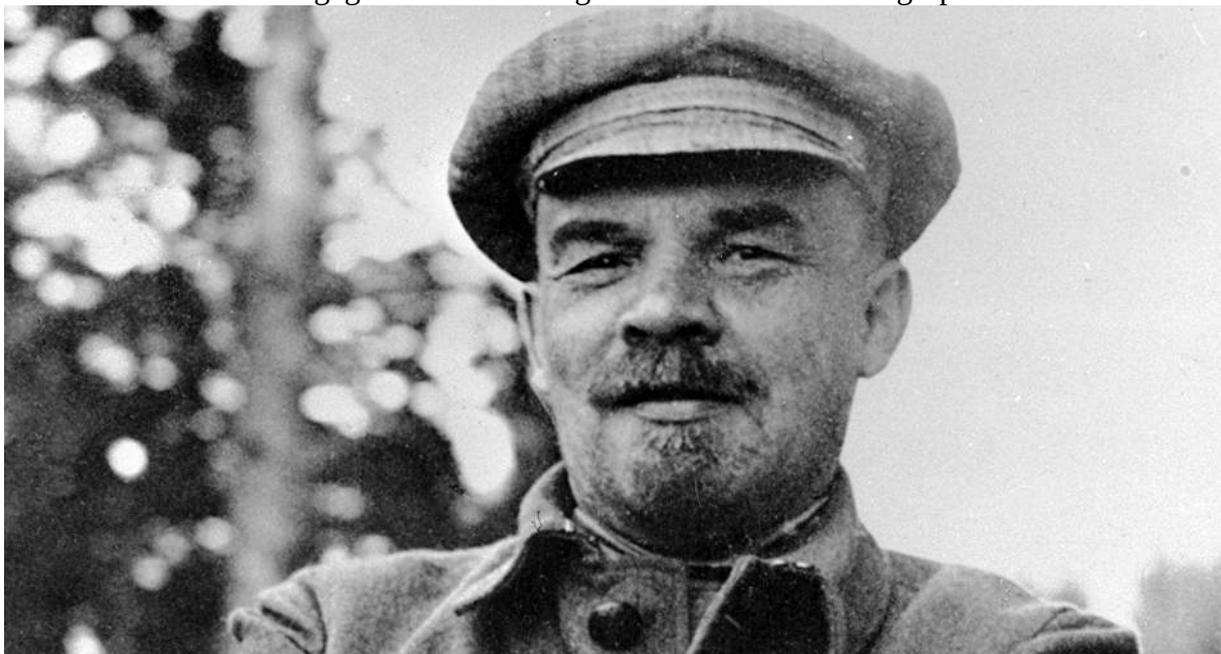
de.sputniknews.com: **Putin hat über Schicksal von Bolschewikenführer Lenin entschieden**

Nach jahrelangen Diskussionen gibt es nun endlich Klarheit: Die Mumie des einbalsamierten sowjetischen Revolutionsführers Wladimir Lenin (1870-1924) bleibt im Mausoleum am Roten Platz. Das soll Präsident Wladimir Putin versprochen haben, wie der Chef der Kommunistischen Partei, Gennadi Sjuganow, am Donnerstag mitteilte.

„Man muss Putin zugutehalten, dass er gesagt hat: ‚Solange ich hier sitze, wird es keine Barbarei auf dem Roten Platz geben‘“, sagte Sjuganow. Putin habe das Versprechen beim Sommer-Jugendforum „Territorium der Sinne“ gegeben.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion hatte der damalige russische Präsident Boris Jelzin versucht, Lenin vom Roten Platz auf einen Friedhof umbetten zu lassen. Doch er war am Widerstand der Kommunisten gescheitert.

Sjuganow zufolge werden an der Kreml-Mauer traditionell berühmte Personen begraben. Für eine Umbettung sei die Zustimmung der Verwandten erforderlich. So hatten sich die Familienmitglieder der Truppenführer Georgi Schukow, Konstantin Rokossowski und Alexander Wassilewski gegen die Umbettung auf einem Friedhof ausgesprochen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31687/01/316870159.jpg>

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die ukrainische Seite verletzt weiterhin zielgerichtet die Minsker Vereinbarungen, unter anderem unter Anwendung von verbotenen Waffen.

**In Richtung Donezk** hat der Gegner Panzer, Mörser und Schusswaffen verwendet. Auf **15 Ortschaften** und die umliegenden Gebiete wurden zehn Panzergeschosse sowie 96 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 220 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

**In Richtung Mariupol** hat der Gegner auf **fünf Ortschaften** und die umliegenden Gebiete 46 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen und aktiv Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

**In Richtung Gorlowka** hat der Gegner mit Schusswaffen und Granatwerfern geschossen. Bei der Verteidigung der Republik wurden **zwei Soldaten** durch Mörserbeschuss und Scharfschützenfeuer **schwer verletzt**.

Außerdem wurden beim Beschuss von Dokutschajewsk von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Kokorjow zwei Wohnhäuser in der Lenin- und in der Unabhängigkeitsstraße beschädigt.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 77 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Unsere Aufklärung stellt weiter eine Konzentration von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen entlang der Kontaktlinie fest. So in den Gebieten folgender Ortschaften: Konstantinowka, 28 km von der Kontaktlinie, es wurde die Ankunft von 20 152mm-Artillerieschüssen „Akazija“ und 122mm-Haubitzen D-30 festgestellt; Dsershinsk, 5 km von der Kontaktlinie, es wurde die Stationierung von sechs Panzern festgestellt.

Außerdem fuhr heute Morgen auf der zentralen Straße von Krasnogorowka eine Panzerkompanie mit zehn Panzern in Richtung Marjinka.

Gestern wurde während des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe im Minsk zur Regelung des Konflikts im Donbass ein **Versuch** unternommen, **mit zwei Diversionsgruppen des Gegners in einer Gesamtstärke von 26 Mann auf das Territorium der Republik einzudringen**. Beim Vorrücken an die Kontaktlinie gerieten die Diversanten auf ein Minenfeld. In der Folge des unbedachten Befehls des ukrainischen Kommandos betrogen die Verluste des Gegners: 3 Tote, 7 Verletzte. Nachdem die Diversanten entdeckt worden waren, zogen sie sich auf ihre Positionen zurück. Ich unterstreiche ein weiteres Mal, dass diese Provokation während der Erörterung von Plänen zur friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass erfolgte.

Die Wiederaufnahme der Versuche, Diversionsgruppen einzuschleusen, die Zunahme der Zahl der Fälle von Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte zeugen davon, dass die ukrainische Regierung immer mehr einer Lösung des Konflikts auf militärischem Weg zuneigt. Ich will an die Worte des orthodoxen Heiligen Alexandr Newskij erinnern: „Wer mit dem Schwert zu uns kommt, wird durch das Schwert sterben!“.

de.sputniknews.com: Geheimarchiv: CIA finanzierte Antisowjet-Untergrund in Lettland

Die CIA hat seit Beginn der Fünfzigerjahre den antisowjetischen Untergrund in Lettland gefördert. Der US-Geheimdienst finanzierte die Rebellen und rüstete sie aus. Dies geht aus einem freigegebenen CIA-Archiv hervor, berichtet das Portal lsm.lv.

Die Antisowjet-Rebellen in Lettland sollten „ihre vorhandenen Möglichkeiten stärken und ihre Geheimaktivitäten ausweiten“ – die CIA stellte Geld und entsprechendes Know-how dafür bereit. Der erstarkte Untergrund sollte dann Geheiminformationen sammeln, Kontakte

zu anderen Mitgliedern des Untergrunds in der Sowjetunion knüpfen und Wirtschaftssabotage und einen Partisanenkrieg gegen die UdSSR betreiben.

Die Mission lief unter dem Decknamen „ZRLYNCH“ im August 1950 an. Die CIA stellte großzügig Gelder zur Verfügung. Für eine Untergrundaktion im Jahr 1953 wurden den Archivrechnungen zufolge 135.000 US-Dollar gezahlt.

Aber das war noch nicht alles. Der US-Geheimdienst gab auch Gelder dafür, um lettische Emigranten in Schweden und Deutschland als Verbindungsleute zu den Untergrundrebellengruppen einzusetzen. Dafür mussten sie organisiert werden. Entsprechende Strukturen wurden geschaffen: In Deutschland wurde mit US-Geldern eine Zeitung verlegt, die Migranten trafen sich auf speziellen Konferenzen – unter ihnen auch ehemalige „Waldbrüder“.

Bis zur Veröffentlichung wurde das CIA-Archiv als Top-Secret eingestuft. Noch heute fehlen in den Unterlagen ganze Seiten, manche Stellen sind geschwärzt, so das Portal Delfi.

Abrufbar ist das Archiv schon seit mehreren Jahren. Dass die lettischen Medien erst jetzt darauf aufmerksam werden, könnte mit dem jüngsten Film-Skandal der Nato zusammenhängen, mutmaßt das Portal. Die Allianz hatte nämlich einen Teaser zu einem Film über die Tätigkeit lettischer „Waldbrüder“ auf dem Sowjetgebiet nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlicht – zum starken Unmut Moskaus.

Das russische Außenministerium wertete den Teaser als einen Versuch, die Ergebnisse des Nürnberger Prozesses und die Geschichte zu revidieren. Denn: Die lettischen „Waldbrüder“ kämpften Seite an Seite mit den deutschen Besatzern und waren an der Ermordung Tausender Zivilisten beteiligt, erklärte Außenamtssprecherin Maria Sacharowa.

Sie betonte, die Aktionen der „Waldbrüder“ seien von westlichen Geheimdiensten koordiniert worden, was die Nato wohl am allerbesten wissen müsse.

**Lug-info.com: Mitteilungen des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden hat der Gegner 10 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Kalinowo, Logwinowo, Sokolniki, Slawjanoserbsk, Kalinowka, Perwomajsk und Donezkij**. Während der Beschüsse verwendete der Gegner Mörser des Kaliber 120mm und 82mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen.

Insgesamt wurden 205 Mörser- und Granatgeschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Wir stellen weiter das Vorhandensein von verbotenen Waffen und Militärtechnik des Gegners in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie fest. Im Gebiet von Luganskoje im Verantwortungsbereich der 24. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte wurde die Stationierung einer Mörsermannschaft, die vom Gegner für provokative Beschüsse genutzt wird, sowie von einem Schützenpanzer in einem Unterstand zur Deckung der Mannschaft bemerkt.

Dieser Fakt bestätigt ein weiteres Mal die Verletzung der Vereinbarungen zum Abzug von schweren Waffen und zur Feueinstellung durch das Kommando der „ATO“.

In den Einheiten der Volksmiliz der LVR finden regelmäßig Übungen zur militärischen Ausbildung, zur Wartung von Waffen und Militärtechnik und zur Vervollkommnung des Wissensstandes statt.

Wir gehen nicht auf die Provokationen der ukrainischen Streitkräfte ein und beachten streng die Minsker Vereinbarungen.

Im Gebiet von Lisitschansk wurde von Mitgliedern der Nationalpolizei ein Fahrzeug der Marke Toyota Prado festgehalten und in der Folge wieder fahren gelassen, in dem sich mehr als 100kg verschiedener Munition und drei Vertragssoldaten befanden.

Die Brüder Bondar und Pikelnj, die eine kriminelle Absprache mit dem Kommandeur der 24.

Brigade der ukrainischen Streitkräfte Schewtschenko hatten, befassten sich mit dem Diebstahl und dem Verkauf von Waffen und Munition.

Wegen solcher Aktivitäten kann die heutige Struktur der ukrainischen Streitkräfte schon nicht mehr als Armee bezeichnet werden.

Dies sind Kriegsverbrecher, die Befehle zur Eröffnung des Feuers auf friedliche Ortschaften geben und erbarmungslos ihren eigenen Staat berauben.

Ukrinform.ua: Poltorak inspiziert Stand der Militärtechnik im ATO-Gebiet

Der ukrainische Verteidigungsminister Stepan Poltorak hat den ordnungsgemäßen Stand von militärischer Ausrüstung und Lebensbedingungen unserer Kämpfer aus Artillerie- und Panzereinheiten, die sich im Gebiet der Antiterroroperation (ATO) befinden, festgestellt. Darüber schreibt er auf seiner Facebook-Seite.

„Heute (gestern – Red.) habe ich während meiner Arbeitsreise ins Gebiet der Antiterror-Operation den Stand der Kampfbereitschaft der Artillerie und Panzereinheiten, die sich in den Abzugspunkten befinden, inspiziert. Ich bin zufrieden mit dem Kampfgeist unserer Soldaten, mit dem ordnungsgemäßen Stand der Technik und der Lebensbedingungen der Kämpfer“, stellte er fest.

Ihm zufolge wurden den besten Soldaten die Auszeichnungen und Geldpreise verliehen. „Ich bin stolz auf Mut, Beständigkeit und Patriotismus ukrainischer Kämpfer, die unser Land verteidigen“, schrieb er.

de.sputniknews.com: Abspaltungs-Alarm für Odessa: Überflüssiger Vize-Minister bangt um seinen Sessel

Dass die Hafenstadt Odessa sich von der Ukraine lossagen könnte, davor hatte 2015 schon der damalige Gouverneur des Gebiets Odessa, Michail Saakaschwili, gewarnt. Jetzt schlägt ein anderer ranghoher Beamter Alarm. Ist Odessa wirklich kurz davor, die Ukraine zu verlassen? Ein Experte kommentiert im Gespräch mit dem Portal rueconomics.

Sollte Kiew die Ostukraine jetzt sich selbst überlassen, würden Abspaltungstendenzen spätestens in sechs Monaten auch andere Gebiete der Ukraine erfassen – zum Beispiel Odessa, sagte der ukrainische Vizeminister für Flüchtlingsangelegenheiten, Georgi Tuka, am Donnerstag, den 3. August.

Zugegeben: In Odessa brodeln es. Die Menschen sind größtenteils mit den wirtschaftlichen Problemen unzufrieden, manche sind auch mit Poroschenkos politischem Kurs nicht einverstanden. Aber: „Daraus entsteht noch kein Aufstand“, sagt der Analyst Stanislaw Byschok vom Beobachtungszentrum CIS-EMO.

Es fehle schlicht die Kraft für einen sozialen Protest und die darauffolgende Abspaltung: „Nach 2014 ist der Kern prorussischer Kräfte in Odessa entweder zerschlagen, inhaftiert oder in die Flucht gezwungen worden. Wer geblieben ist, hat aus gutem Grund Angst. Wenn man sich anschaut, wer heute demonstrieren geht, dann sind das ältere Menschen – die machen keine Revolution“, erklärt der Politologe.

„Außerdem haben die Menschen Angst, das Wenige zu verlieren, was sie haben. Sie sehen ja, dass die Volksrepubliken im Osten der Ukraine nach der Abspaltung in der Luft hängen. Deswegen denken sich andere: ‚Ja, unser Leben ist schwer, aber wenigstens werden wir nicht beschossen.‘“

Warum dann die Warnung von Vize-Minister Tuka? Der Politologe erklärt dies so:

„Man muss wissen, dass jeder Beamter immer darum bemüht ist, seinen Posten zu erhalten. Und Beamte, die in Ministerien mit unklaren Funktionen arbeiten, wollen ihre Bedeutung und Unersetzlichkeit umso mehr demonstrieren. Eben deshalb geben solche Beamten hin und wieder mal Warntöne ab, um die Führung und die Gesellschaft auf die Bedeutung der eigenen Behörde aufmerksam zu machen – auch mit Blick auf Finanzierungsfragen“, sagt Byschok.

Der Politologe erklärt: „Byschoks Behörde ist ja auch für die Flüchtlinge aus den Volksrepubliken Donezk und Luhansk zuständig. Jetzt, wo es keine Flüchtlinge mehr gibt, hat auch Tukas Posten keine große Funktion.“

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

### **Ukrainische Durchbruchversuche**

Gestern haben die ukrainischen Truppen zwei Versuche unternommen, die Positionen der DVR und der LVR zu durchbrechen.

„Einer der Durchbruchversuche der ukrainischen Truppen wurde in südlicher Richtung der Republik unternommen, der zweite am Swetlodarsker Bogen. Diese Versuche endeten erfolglos, der Gegner wurde zurückgeschlagen.

Die Durchbruchversuche wurden speziell während der Verhandlungen in Minsk unternommen, damit dieses Treffen zum Scheitern gebracht wird. Die ukrainische Seite hat sich ein weiteres Mal geirrt. Der Gegner hat Verluste erlitten, unsere Positionen sind geblieben. Wir haben keinen Meter unseres Landes aufgegeben“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Er unterstrich, dass es einige Ursachen gibt, warum die ukrainische Seite auch weiter Versuche unternimmt, die Positionen der DVR zu durchbrechen:

„Die erste Ursache ist die Erkundung von Schwachstellen in unserer Verteidigung. Beachten Sie, dass in der letzten Zeit an Frontpositionen auf der ukrainische Seite Brigaden der ukrainischen Streitkräfte durch nationalistische Einheiten ersetzt wurden. Das ist der zweite Grund – das ist ein Versuch der Ukraine die verbissensten „Patrioten“ loszuwerden – Nationalisten, die sie bereits satt haben“.

Die ukrainische Seite will nicht einmal die Leichen der gefallenen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte vom Kampffeld bergen.

### **Stromversorgung**

Die Republik lebt praktisch seit einem Jahr ohne Stromlieferungen aus der Ukraine.

„Wir haben mehr Strom an die ukrainische Seite geliefert als sie an uns. Deshalb hat es uns überhaupt nicht betroffen, als die Ukraine die Stromlieferungen gestoppt hat. Keine einzige Ortschaft der Republik hat unter der Einstellung der Stromlieferungen gelitten. Wir sind in dieser Frage autark“.

Auch die Lebensmittelblockade wirkt sich nicht mehr auf das Angebot in den Geschäften aus.

### **Gesetzesentwurf zur „Reintegration des Donbass“**

„Ich würde das nicht Gesetzesentwurf über die Reintegration des Donbass nennen, sondern Gesetz über die Vernichtung der Bevölkerung des Donbass. Das wäre von der ukrainischen Seite ehrlich, diese Worte entsprechen mehr dem Wesen dieses Gesetzesentwurfes. Soll die Ukraine solche Gesetzesentwürfe ausarbeiten, soviel sie will. Der DVR wird davon weder kalt noch warm“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Ukrinform.ua: "Volksrepublik Luhansk": 14 Jahre Haft für proukrainischen Blogger

Die Terroristen der "Volksrepublik Luhansk" haben den proukrainischen Blogger Edward Nedeljaew zu 14 Jahren Haft verurteilt.

Das schrieb der ehemalige Journalist und Mitglied der Antiterror-Operation Rodion Schowkoschytnyi. Nedeljaew habe auf Facebook über Luhansk, über das Leben in der besetzten Stadt geschrieben, Posts kommentiert. "Heute ist er vor einem "Militärgericht der Volksrepublik Luhansk " wegen "Landesverrats" zu einer 14-jährigen Haftstrafe verurteilt worden."

Laut Schowkoschytnyi, der mit dem Blogger aus Luhansk per Internet kommunizierte, habe Nedeljaew keine geheime Informationen mitgeteilt, nichts koordiniert. Er sei einfach ein

Bürger, der die Macht der Besatzer als nicht legitim betrachtet habe. Er habe einfach das Leben in Luhansk beschrieben und die Dinge bei ihren Namen genannt. Nedeljaew, bekannt unter dem Nicknamen "Edward Ned", wurde im November 2016 verhaftet. Die Beobachtermission der OSZE äußerte ihre Besorgnis darüber.

de.sputniknews.com: **Ukraine: Regierungskritischer Journalist als „Verräter“ verhaftet**  
Ein Gericht in Schytomyr (120 km westlich von Kiew) hat den Journalisten Wassil Murawizki für zwei Monate in U-Haft bringen lassen. Die ukrainischen Behörden werfen dem 32-jährigen Regierungskritiker „Landesverrat“ vor.

Der am Mittwoch ausgesprochene Gerichtsbeschluss entzieht dem Journalisten zudem das Recht auf Kaution.

Murawizki, der für das regierungskritische Portal „Ukraina.ru“ schreibt, war am Dienstag vom ukrainischen Geheimdienst SBU festgenommen worden. Neben Landesverrat werden ihm ein „Angriff auf die territoriale Einheit“ und die „Bildung einer Terrororganisation“ angelastet. Nach ukrainischem Recht drohen dem Reporter bis zu 15 Jahre Haft und Vermögensentzug.

Der Chefredakteur von „Ukraina.ru“ bezeichnete die Festnahme Murawizkis als „politische Repressalie“. Auch das russische Außenministerium kritisierte das Vorgehen der ukrainischen Behörden gegen oppositionelle Medien und rief die OSZE und den Europarat zu einer Stellungnahme auf. Im Juni war in der Ukraine der Redakteur des kritischen Nachrichtenportals „Strana.ua“ Igor Guschwa wegen Erpressungsverdacht festgenommen worden. Guschwa beteuert seine Unschuld.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31687/73/316877369.jpg>

Dnr-online.ru: Das Landwirtschaftsministerium der DVR führt einen Wettbewerb zur Stimulierung der landwirtschaftlichen Produzenten aller Eigentumsformen durch, die bei der Ernte von frühen Getreide- und Hülsenfruchtkulturen beteiligt sind.

Wie der Pressdienst des Ministerium mitteilte, sind die Hauptziele des Wettbewerbs die Erhöhung der Qualität der Produkte, die Erhöhung der beruflichen Kenntnisse der Fahrer und Mechanisatoren, die Schaffung von Bedingungen für die Einführung von Innovation im Bereich der Pflanzenzucht.

Der Wettbewerb findet in folgenden Bereichen statt:

- der größte Bruttoertrag bei frühen Kulturen;

- der größte Ernteertrag bei frühen Kulturen;
- die größten Errungenschaften im Bereich der Pflanzenzucht;
- die höchsten Kennziffern unter Mähdescherfahrern
- die höchsten Kennziffern unter Mechanisatoren.

In jedem Bereich werden drei Plätze vergeben.

An diesem Wettbewerb nehmen alle landwirtschaftlichen Produzenten aller Eigentumsformen der DVR, die auf dem Territorium der Republik registriert sind, teil unabhängig davon, ob sie sich für den Wettbewerb anmelden.

Die Ergebnisse werden zum Abschluss der Erntekampagne 2017 bekannt gegeben.

## **abends:**

de.sputniknews.com: Polen an Deutsche: Wir haben euch vor den Russen bewahrt – jetzt sollt ihr zahlen

Die Jagd nach ausländischen Agenten – diesmal in den Medien und in der Politik – geht in die nächste Runde.

Eine amtliche Zeitung in einem Land will herausgefunden haben, dass die Massenproteste in mehreren Groß- und auch Kleinstädten von einem großen westlichen Land finanziert werden, das Hegemonialansprüche in einer größeren Region hat.

Die Organisatoren der Protestaktionen bestreiten das.

Übrigens geht es dabei nicht um Russland, wo die Massenaktionen vom Oppositionspolitiker Alexej Nawalny organisiert werden, während die Kreml-Propaganda ständig nach den Spuren sucht, die das US-Außenministerium hinterlassen haben soll.

Es geht um Polen und Deutschland, die vor dem Hintergrund eines wahren Kalten Kriegs mitten in Europa wieder aneinander geraten sind.

Vor ein paar Wochen hatte es in Polen Proteste gegeben –wegen der Vorbereitung einer Justizreform, die „die Unabhängigkeit der Gerichte fördern“ (aber eigentlich nur den Einfluss des Staates bei der Ernennung der Richter verstärken und den Einfluss der Opposition reduzieren) sollte. Angesichts dessen begannen Oppositionsaktivisten Massenproteste einer neuen Art. Diese wurden als „Lichterketten“ bezeichnet: Menschen, die sich die Reform nicht gefallen lassen wollen, versammelten sich abends mit Kerzen in den Händen vor Gerichtsgebäuden und bildeten „Menschenketten“ und verteidigten symbolisch die Gerichte vor der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“.

Parallel wurden die Behörden in Warschau einem starken Druck seitens Brüssels ausgesetzt: Für die Justizreform drohte die EU den Polen mit Strafen und Sanktionen. Am Ende verlor der polnische Präsident Andrzej Duda die Nerven und entschied sich für die Aufhebung eines Teils der geplanten Reform, deren Elemente jetzt zusätzlich debattiert werden sollen.

Aber der Konflikt zwischen Polen und den EU-Beamten hat dadurch kein Ende gefunden, denn er hatte immerhin nicht über Nacht begonnen, und dabei geht es weniger um das Schicksal der polnischen Demokratie, sondern vielmehr um die Hierarchie in Europa. Einerseits ist Polens formelle Rolle in der EU ziemlich groß: Sein Ex-Präsident Donald Tusk steht inzwischen sogar an der Spitze des EU-Rates. Andererseits aber ist es ein offenes Geheimnis, dass die EU aktuell vor allem die Interessen Deutschlands vertritt, und diese widersprechen in vieler Hinsicht den Interessen Polens. Manchmal kommt es zu Skandalen und sogar zu Aufrufen an die USA, sie sollten sich einmischen. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang Warschaws Klage gegen die EU wegen des Pipeline-Projekts Nord Stream 2 oder auch die Weigerung Polens, Flüchtlinge im Sinne der in der EU zuvor vereinbarten Quoten aufzunehmen. Und im Allgemeinen betont Warschau immer wieder, dass

es keineswegs Brüssel gehorcht, sondern unmittelbar Washington. Zudem kauft Polen bei den USA Patriot-Raketekomplexe für Milliarden Dollar, und gerade deshalb kam angeblich US-Präsident Donald Trump unlängst nach Warschau, um sich bei den Polen dafür speziell zu bedanken.

So etwas lässt man sich in Berlin logischerweise nicht gefallen, und zwar hat bei den EU- und Nato-Partnern inzwischen nahezu ein kleiner Kalter Krieg begonnen. Mit gewissen Besonderheiten, versteht sich.

In den Medien verläuft dieser Krieg wie folgt: Vor einiger Zeit hatten deutsche Reporter Polen der „Arbeit für die Russen“ überführt. Jetzt ist aber die polnische Seite an der Reihe: Die Zeitung „Gazeta Polska“ behauptete jüngst, die Massenproteste, die sie als „Putsch“ bezeichnete, wären von Deutschland finanziert worden.

Der Zeitung zufolge hat die Stiftung, die die „Lichterketten“ in ganz Polen organisierte, in den letzten zwei Jahren beträchtliche Zuschüsse von verschiedenen EU-Strukturen erhalten, darunter von der Europäischen Klimastiftung. Und den Aufsichtsrat dieser Stiftung leitete der frühere deutsche Vize-Finanzminister Caio Koch-Weser, der einst Russland geholfen haben soll, Gelder für den Bau der Nord-Stream-Pipeline zu bekommen.

Daraus schlussfolgerte die „Gazeta Polska“, dass die Teilnehmer der Proteste in Wahrheit sowohl deutsche als auch russische Agenten gewesen seien.

Und als Fortsetzung dieser Attacke gegen Berlin brachte die polnische Regierungspartei die Initiative ins Parlament ein, von Deutschland eine zusätzliche Entschädigung für die Verluste, die Warschau während des Zweiten Weltkriegs tragen musste, zu fordern.

Die Deutschen waren schockiert und antworteten, sie hätten Polen dafür schon in den 1950er-Jahren entschädigt.

Wie aber der polnische Verteidigungsminister Antoni Macierewicz, der für seine „alternativen“ Weltansichten bekannt ist, erläuterte, hatten die Deutschen damals nur für den Polen zugefügten Schaden bezahlt. Jetzt aber könnten sie sich bei Warschau auch bedanken, und zwar für den Warschauer Aufstand im Jahr 1944. Denn damals hätte sich das Vorrücken der Roten Armee nach Westen verlangsamt, und sie wäre sonst noch weiter gekommen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass die Polen mit ihrem Aufstand gegen das Dritte Reich einen großen Teil des künftigen Westdeutschlands vor den Russen gerettet hätten – und jetzt sollte Westdeutschland dafür zahlen.

Auffallend ist aber, dass beide Seiten in diesem Streit, in dem es nur um Geld geht, Russland erwähnen. Dabei hat niemand Fragen an Russland – es gilt nur als Bösewicht, als Inkarnation des Teufels. Dabei war Russland 1944 das Böse, als es Polen von den Nazis befreite, und bleibt es immer noch, wenn es eine neue Pipeline unter Umgehung Polens bauen will.

Aber in Wirklichkeit hat Russland mit diesem Streit nichts zu tun: Es geht immerhin um den Kampf Polens, das seine „Souveränität“ nicht verlieren will, gegen das „deutsche Diktat“ in der EU. Aber die Wahrheit ist, dass Polen gar keine Souveränität hat – es macht ja keinen Hehl daraus, dass es nicht Berlin, sondern nur den „Bossen“ in Washington gehorchen will.

Die EU hat in Warschau etliche „Agenten des Einflusses“ – so genannte „unabhängige Strukturen der Zivilgesellschaft“. Einerseits kann Warschau sie nicht unterdrücken, weil ihre Einflusskraft ziemlich groß ist. Andererseits kann aber auch Berlin nicht Warschau so einfach streng bestrafen, weil es ebenfalls Rücksicht auf Washington nehmen muss.

Deshalb ist eben diese Medienschlacht ausgebrochen.

Die polnische Führung kann nur ihre Gegenpropaganda ausüben und die „deutsch-russischen Spione“ enthüllen. Und Berlin bleibt nichts übrig, als von den Aktivitäten der „polnisch-russischen Spione“ zu berichten.

Und die Amerikaner sind in dieser Situation der lachende Dritte, der beide Seiten warnt, dass es überall „russische Spione“ gebe.

Und Russland kann sich nur freuen, dass es bei ihm solche dummen Situationen nicht gibt, und zwar weil es sich schon vor vielen Jahren um die Verteidigung seiner staatlichen

Souveränität gekümmert hatte. Und zwar der wahren nicht vermeintlichen Souveränität, wenn man den „Bossen“ in Übersee gehorchen muss.

de.sputniknews.com: Nach Sanktionslärm: US-Außenamt sucht nach Kooperationsbereichen mit Moskau

Die USA und Russland können laut der Sprecherin des US-Außenministeriums Heather Nauert in den Bereichen gemeinsamer Interessen zusammenarbeiten. Viele in der Welt würden das gerne sehen.

„Wir sind zwei Atommächte. Ich glaube, viele in der Welt werden dem zustimmen, dass Russland und die USA in den Bereichen gemeinsamer Interessen zusammenarbeiten sollen“, sagte Nauert am Donnerstag bei einem Briefing. Als ein „gutes Beispiel“ dafür nannte sie Syrien.

Die Außenamtssprecherin gab zu, dass sich die Beziehungen der beiden Länder derzeit auf einem niedrigen Niveau befänden. „Es gibt aber Bereiche, wo wir kooperieren können“, betonte sie..